

Wie kann man in Erdogan den Retter Europas sehen?

Wenn die EU die Flüchtlingskrise überwinden will, muss sie sich schleunigst von politischen Scheinlösungen verabschieden



Paul Widmer

Europa braucht mehr Realismus und weniger Illusionen. Sonst kann es die Flüchtlingskrise nicht bewältigen. Man kann die Hauptprobleme nicht ständig mit Scheinlösungen vor sich herschieben. Ein Beispiel: Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, will man die Verhältnisse in den Ursprungsländern verbessern. Richtig. Gut gebrüllt. Aber wie viele Generationen dauert das? Ein weiteres Beispiel: Erinnern Sie sich noch an die Union für das Mittelmeer? Keine zehn Jahre ist es her, seit die EU das Projekt mit Pomp lancierte. Was ist davon geblieben? Ausser einem grossen Auftritt für Präsident Sarkozy nicht viel.

Die neuste Scheinlösung: Die EU erwartet Rettung von der Türkei. Ausgerechnet von Erdogans Türkei. Diese soll die Flüchtlinge daran hindern, in die EU zu gelangen. Als Gegenleistung erhält das Land drei Milliarden Euro für den Betrieb der Flüchtlingslager sowie Visaerleichterungen für türkische Bürger und eine Beschleunigung der EU-Beitrittsgespräche. Nicht alles ist falsch an

diesem Abkommen. Der Türkei für die Aufnahme von zwei Millionen syrischen Flüchtlingen unter die Arme zu greifen, ist (mit einer tieferen Summe) sinnvoll, sie als Retter Europas zu hofieren, aber nicht. Warum?

Fangen wir pragmatisch an. Griechenland hat mit der Türkei ein Abkommen zur Rücknahme illegal Eingewanderter aus Drittstaaten geschlossen. Aber die türkische Regierung hält sich nicht daran. Der griechische Präsident bezichtigt die türkischen Behörden, mit den Schlepperbanden gemeinsame Sache zu machen. Hilfsorganisationen und Flüchtlinge bestätigen den Vorwurf. Wie kann man von einem Staat erwarten, dass er Hand zur Lösung von Hunderttausenden von Fällen bietet, wenn er nicht einmal seine Verpflichtungen im Kleinen erfüllt?

Dann zum Grundsätzlichen. Wie kann man in Präsident Erdogan den Retter Europas sehen, in einem Autokraten, der die Presse knebelt, die Justiz gängelt, im Südosten des Landes auf die eigene Bevölkerung schiessen lässt und in Syrien sunnitische Extremisten unterstützt? Er hat den Westen schon im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) an der Nase herumgeführt. Ihm liegt mehr daran, die Kurden zu bekämpfen als den islamistischen Terror. Das ist auch nicht erstaunlich. Am liebsten wäre Erdogan gern selbst Kalif eines sunnitischen Grossreiches.

So geht es nicht. Europa muss endlich den Mut zu harten Entscheiden aufbringen. Um zwei Sachen kommt man nicht herum. Ers-



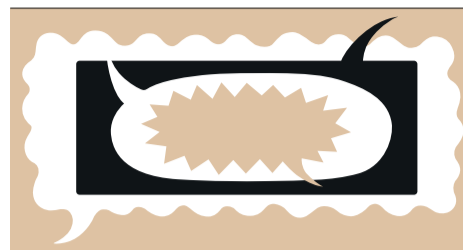
Frontex gleicht mehr einem Trainingslager als einer voll einsatzfähigen Behörde.

tens muss die Aussengrenze wirksam schützen, wer wie die Schengen-Staaten Freizügigkeit gewähren will. Sonst bricht der freie Verkehr zusammen. Diesen Schutz müssen die europäischen Staaten selber vornehmen. Man kann ihn nicht an einen Drittstaat wie die Türkei delegieren. Doch was die EU bis jetzt unternimmt, ist wenig. Frontex gleicht mehr einem Trainingslager als einer voll einsatzfähigen Behörde.

Zweitens muss man auf europäischem Boden Massenauffanglager errichten. Einen Grossteil der Flüchtlinge kann Europa weder aufnehmen noch zurückschicken. Aber es muss ihnen vorübergehend Schutz gewähren. Das kann lange dauern und wird Milliarden verschlingen. Europa muss die finanziellen Mittel aufbringen. Aber es gibt sie lieber Hilfsorganisationen wie dem Uno-Flüchtlingshilfswerk und jenen europäischen Staaten, die die Flüchtlingslager betreiben, statt sie der Türkei nachzuschicken und sich in deren Abhängigkeit zu begeben.

Die EU hat mit der Flüchtlingskrise eine immense Herausforderung zu bewältigen. Diese könnte über ihr Schicksal entscheiden. Entweder löst die EU die Aufgabe gemeinsam, oder sie zerbricht daran. Höchste Zeit, das Problem frontal anzupacken. Taktische Züge mit Scheinlösungen helfen niemandem. Sie verschlimmern die Sachlage.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



Showdown Stefan Bühler

Lisbeth Indermühle, die Dirigentin des Frauenchörlis, hatte auf ihrem Kopf eine Frisur aus Surchabis aufgetürmt, gespickt mit schwarzen Wacholderbeeren. Ihre Füsse steckten in den lehmverschmierten Gummistiefeln von Jaromir, dem polnischen Erntehelfer. Dazu trug Lisbeth ein Kleid, das sie aus Formularen für Schadensmeldungen an die Hagelversicherung gewoben hatte. Das Kleid war etwas knapp geraten - gut möglich, dass auch deswegen das Sali im «Bären» rappellvoll war.

Lisbeth hatte sich auf einem Podestchen vor der Vitrine mit der Standarte des Schützenvereins und den Pokalen der Schwinger aufgestellt. Das Licht ging aus, bloss eine Nachtschlampe beleuchtete die Künstlerin nun noch. Im stickigen Sali wurde es ganz still. «Die Gärung», las Lisbeth von einem Blatt, das vor ihr auf dem Notenständer lag.

«Rammump. Fi lele akku li Traktor. Za mato, falalitrato empenem-remrem. Ta schnabel, pippa li Hobel. Zack! Ack, mack, taktaktak, tsiluu. Rammump. Blub. Blu. Blububber. Pfff-euti. A la mele, tele bele: Locher, Locher, Locher! Rei lala, ala ni Halbeli. Summ, Summ, Summ.» Im Sali wurden erste, spontane Bravorufe laut. Lisbeth steigerte ihre Intensität: «Wadi al Daddy. Mühren, da poli ma Grrrrr! Ropfen sall, im Topflop. Mi namusa, rei la duster. Wo sali du mi am Laum? Asse drum, afa la ga. Tapfer, tapfer, Readerscan. Hu, hu, al misse - dr oblast naiga tschisse. Hu! Ja! Ma bula-bula al Hommmm.»

Das Publikum hatte sich erhoben, applaudierte begeistert. Und als Lisbeth schliesslich in ihren Gummistiefeln auf dem Podest auch noch einen Steptanz hinlegte, begleitet von Jaromir mit seiner singenden Säge, gab es kein Halten mehr: Die Leute lagen sich in den Armen, jubelten und tanzten. Man war sich einig: So etwas ist heutzutage nur noch im unteren Gürbetal möglich!

TV-Kritik Von Thomas Isler

Betreutes Schimpfen für Bayerns Bevölkerung

Jetzt red i - der Bürger hat das Wort
BR, 3. Februar, 20 Uhr 15

Deutschsprachige Talkshows gleichen sich ja wie ein Ei dem andern. Eine Handvoll Gäste in Sesseln, ein halbwegs prominenter Moderator, ein aktuelles Thema - also Euro oder Flüchtlinge. Dann wird eine Stunde gezankt, und die Sendung ist gemacht.

Im Bayerischen Rundfunk hat sich hingegen ein Format aus der Blütezeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gehalten, das heute so entrückt wirkt, dass es Heimatschutz verdient: ein Forum für Bürgersorgen, eine Art Gemeindeversammlung mit Kamera. «Jetzt red i - der Bürger hat das Wort», erfunden 1971.

Hier geht es nicht um die grossen, sondern um die drängenden Probleme. Um den Schutz der Landwirte vor Kreuzkraut, den Mangel an Rheumatologen im Landkreis oder um die Pegelstände am Lech. So skurril, wie das tönt, sind auch die Sendungen. Der Moderator Tilmann Schöberl, dunkler Anzug, rosa Krawatte, besucht jeden Monat ein anderes Dorf, wo er die Klagen der lokalen Bevölkerung sammelt und den anwesenden Politikern vortragen lässt, um «so etwas für den schönen Freistaat zu bewegen, ihn noch ein bisschen schöner zu machen». Diese Woche in Beratzhausen im Landkreis Regensburg war der bayrische



Kein Durchkommen für Schafe: Lehrer und Hobbyschäfer Alexander Pöpl fordert eine Lücke in der Leitplanke.

Kultusministerin dabei, die Sozialministerin und der Staatssekretär aus dem Innenministerium. Im Fünfminutentakt ging es etwa um eine fehlende Lärmschutzwand gegen den Bahnlärm vor dem Einfamilienhaus oder um eine nicht bewilligte Autobahnabfahrt, die doch auf den Skulpturenpark Beratzhausen hinweisen würde.

Der Ärger der Leute wirkt allerdings seltsam pasteurisiert. Zwar ist die bayrische Realität nicht scripted, wie das neudeutsch heisst, sondern durchaus echt. Aber doch schön vorbereitet und darum eine tolle Chance für die Politiker: Der Staatssekretär anerkennt sich sofort, er werde die Leitplanke einer Autostrasse an einer bestimmten Stelle für einen Schäfer und dessen Schafe öffnen. Die Sozialministerin verspricht einer Frau im Rollstuhl eine Karte für den Behindertenparkplatz. Der Moderator ist entzückt: «Na schau, da geht doch was. Grossartig. So muss das sein!»

Grenzerfahrung

Abschottung, ein süßes Gift



Marina Masoni

Die Tessiner Wirtschaft hält sich momentan auch dank der Marktöffnung. Probleme gibt es zwar genug, doch sie lassen sich einfacher angehen, solange die Wirtschaft weiterhin wächst. Die Politik hingegen neigt vermehrt dazu, die Marktöffnung als Ursprung allen Übels zu betrachten - und die Abschottung als Allheilmittel dagegen. Dieser Trend gibt zu denken.

Am 25. Januar hat der Tessiner Grosse Rat ohne Gegenstimmen (67 Ja, 13 Enthaltungen) die Volksinitiative «Prima i nostris» (Die Unsenen zuerst) für gültig erklärt. Die Vorlage wird also vors Volk gelangen, nachdem das Parlament seine Abstimmungsempfehlung abgegeben haben wird. Lanciert wurde die Initiative von der SVP, fast 11 000 Bürger haben sie unterschrieben. Was will sie? Sie beauftragt den Kanton, dafür zu sorgen, dass auf dem Arbeitsmarkt die ansässige Bevölkerung den Vortritt hat. Damit wird de facto das Prinzip der Bevorzugung der Schweizer, das mit der vollständigen Anwendung der bilateralen Abkommen abgeschafft wurde, wieder eingeführt. Die kantonale Initiative wurde nach dem Erfolg der eidgenössischen Masseneinwanderungsinitiative lanciert, die

am 9. Februar 2014 im Tessin mit 68,2 Prozent der Stimmen angenommen worden war. Nach einem längeren juristischen Seilziehen sind sich die Fachleute noch immer uneinig über die Verfassungskonformität der kantonalen Vorlage. Tessiner Regierung und Parlament entschieden am Ende nach dem Prinzip *in dubio pro populo*. Der Hauptgrund dafür war, dass die Tessiner SVP vorschlug, die Bevorzugung der ansässigen Arbeitskräfte in den sozialen Zielen der Kantonsverfassung festzuschreiben. Wenn der Staat die Vollbeschäftigung zu seinen sozialen Zielen erhebt, bedeutet dies ja nicht, dass jeder Arbeitslose vor Gericht vom Staat eine Stelle fordern kann. Es ist ein allgemeines Ziel, auf das der Staat nach Kräften hinarbeitet.

Für die Volksinitiative der SVP gilt dasselbe: Ein Kanton darf nicht höheres Recht verletzen und weder die Unternehmen zwingen, im Tessin wohnhafte Arbeitssuchende zu bevorzugen, noch sie daran hindern, auswärtige Arbeitnehmer einzustellen. Er kann höchstens die Wirtschaft dahingehend sensibilisieren. Zumindest solange die bilateralen Verträge mit der EU in Kraft bleiben. Die Initiative ist also sehr unrealistisch: Sie verspricht viel und hält wenig. Doch sie entspricht dem Zeitgeist. Die protektionistische Abschottung wird als einzige Lösung gesehen, um die Probleme in den Griff zu bekommen: ein weiteres Zeichen für das politische Unbehagen im Tessin in Zeiten der Bilateralen, der Öffnung und der wirtschaftlichen Veränderungen.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.